



Ferdinand von Radziwill Anwalt der polnischen Minderheit im Deutschen Kaiserreich

Eine didaktische Handreichung für den Unterricht

In Kooperation erarbeitet von

Dr. Bernhardt Tutsch

und der

1. Biographische Recherche

Ferdinand von Radziwill (1834–1926) – Anwalt der polnischen Minderheit im Deutschen Kaiserreich

Informiere dich auf der Website <https://www.demokratie-geschichte.de/koepfe/2544>



über

Ferdinand von Radziwill. Verwende dafür folgende Tabelle:

Person	
Lebensdaten	
Epoche	
Stellung	
Motiv des Engagements	
Ziel des Engagements	
Formen des Engagements	
Ergebnis des Engagements	
Beurteilung der persönlichen Leistung	
offene Fragen	
Beurteilung des Angebots auf der Seite	

2. Fragen und Arbeitsaufträge

Basisniveau

M1) Rede von Ferdinand von Radziwill

- 1) Stelle die Rede quellenkritisch vor und gib in Deinen Worten wieder, wie der Redner die Situation der polnischen Minderheit im Kaiserreich beschreibt.
 - 2) Erläutere, was Ferdinand von Radziwill mit den „gesetzgeberischen Tatsachen“ (Z. 11) meint, die die Regierung des Kaiserreiches im Blick auf die polnische Minderheit im Reich geschaffen habe.
- Tipp: Nutze für die Bearbeitung die Ausführungen von Wolfgang Wippermann zur „Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich“:



- <https://www.poleninderschule.de/assets/polen-in-der-schule/downloads/arbeitsblaetter/g-nationohnestaat-06-AB04.pdf>

- 3a) Arbeite mit Belegen aus dem Redetext heraus, welches politische Ziel der Redner verfolgt und wie er es erreichen will.
- 3b) Erläutere die besondere Ungerechtigkeit, die der Redner im Blick auf die Politik der Reichsregierung gegenüber der polnischen Minderheit sieht.
- 4) Nimm Stellung zur Politik der deutschen Reichsregierung und zur Position des Redners.

M2) Karikaturen aus „Der Wahre Jacob“

- 1) Stelle das Material quellenkritisch vor und beschreibe die Bildquelle.
- 2) Entschlüssele die verwendete Bildsprache und ordne, gestützt darauf, das Material in den Kontext der Politik der deutschen Reichsregierung gegenüber der polnischen Minderheit ein.
- 3) Nimm Stellung zur Botschaft des Zeichners.

M3) Minderheitenrechte in Verfassungstexten

Stelle dem historischen Beispiel aus dem Kaiserreich das der nationalen Minderheiten im heutigen Bundesland Schleswig-Holstein gegenüber.

Arbeite dazu zunächst aus den Verfassungstexten (**M3**) heraus, wie die rechtliche Situation der Minderheiten heute sein soll (Normvorstellung). Untersuche dann in einem zweiten Schritt, ob bzw. wie dieser Anspruch im Alltag eingelöst wird (Realität).

Tipp: Recherchiere zu Schleswig-Holstein z. B. auf der vom Ministerpräsidenten des Bundeslandes herausgegebenen Website:



- www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/kultur/minderheiten/

sowie auf der Website der politischen Interessenvertretung der dänischen Minderheit, des Südschleswigschen Wählerverbandes:



- www.ssw.de

Selbstverständlich kannst Du bei Deiner eigenen Recherche auch weitere Quellen heranziehen.

Zusatz :

- 1) Beurteile das Engagement Ferdinand von Radziwills für die Demokratie.
- 2) Entwickle selbst Fragestellungen, an denen Du weiter arbeiten möchtest.

M1) Rede von Ferdinand von Radziwill

1) Stellen Sie das Material quellenkritisch vor und fassen Sie die Gedanken des Redners mit Ihren Worten zusammen.

2a) Erläutern Sie die Politik der Regierung des Deutschen Kaiserreiches gegenüber der polnischen Minderheit.

Tipp: Nutzen Sie für Ihre Bearbeitung die Arbeit Wolfgang Wippermann zur „Polenpolitik im Deutschen Kaiserreich“:



- <https://www.poleninderschule.de/assets/polen-in-der-schule/downloads/arbeitsblaetter/g-nationohnestaat-06-AB04.pdf>

2b) Ordnen Sie das Handeln der Reichsregierung in den größeren Kontext ein, wie das Deutsche Kaiserreich mit Minderheiten umging. Arbeiten Sie neben Maßnahmen auch die Funktion einer solchen Politik heraus.

Hilfe: Recherchieren Sie für die Bearbeitung der Aufgabe gegebenenfalls z. B. zu „Kulturkampf“, „Sozialistengesetzen“, zur Situation der jüdischen Minderheit u. a.

3) Beurteilen Sie – ausgehend vom Material – die Möglichkeiten des Redners, auf die Politik der Reichsregierung gegenüber der polnischen Minderheit erfolgreich in seinem Sinne einzuwirken.

M2) Karikaturen aus „Der Wahre Jacob“

1) Analysieren Sie die Darstellung.

2) Nehmen Sie Stellung zur Botschaft des Karikaturisten.

M3) Minderheitenrechte in Verfassungstexten

1) Stellen Sie dem historischen Beispiel aus dem Kaiserreich das Beispiel der nationalen Minderheit der Dänen und Friesen im heutigen Bundesland Schleswig-Holstein gegenüber. Berücksichtigen Sie dabei die in den Verfassungstexten fassbaren Normvorstellungen sowie die praktische Einlösung dieses Anspruches.

Tipp: Nutzen Sie für Ihre Recherche neben den verfassungsabschnitten z. B. die vom Ministerpräsidenten des Bundeslandes Schleswig-Holstein herausgegebene Website:



- www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/kultur/minderheiten/

sowie die Website der politischen Vertretung der dänischen Minderheit, des Südschleswigschen Wählerverbandes:



- www.ssw.de

2) Beurteilen Sie vor dem Hintergrund dieses heutigen Beispiels die Herausforderungen, vor denen Ferdinand von Radziwill in seinem damaligen Engagement für die polnische Minderheit im Kaiserreich stand.

Zusatz :

Entwickeln Sie selbst Fragestellungen, an denen Sie weiter arbeiten möchten.

3. Schriftliche Quellen

M1) Rede des Fürsten Ferdinand von Radziwill vor dem Deutschen Reichstag am 16. Februar 1912

Der Redner Ferdinand von Radziwill war von 1874–1918 Vorsitzender der polnischen Fraktion im Reichstag. Diese Gruppe von Abgeordneten vertrat zwischen 1871–1918 die Interessen der polnischen Minderheit im Deutschen Kaiserreich. Die Angehörigen dieser Minderheit waren deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, verstanden sich selbst aber aufgrund ihrer Kultur, Geschichte und Sprache als Polen. Der polnische Nationalstaat war im 18. Jahrhundert von den Großmächten Russland, Preußen und Österreich in drei Teilungen 1772, 1793 und 1795 zerschlagen und aufgeteilt worden. Auch bei der Reichsgründung 1871 hielt Preußen an seinen polnischen Annektionen aus dem 18. Jahrhundert fest.

In den 1870er-Jahren wurde die Fraktion im Wesentlichen von Adligen und katholischen Geistlichen dominiert. Nach der Jahrhundertwende sammelten sich dann aber auch Abgeordnete in der Fraktion, die zeitweise eher demokratische Ideen vertraten und offensiver auf eine Wiedergewinnung eines eigenen Nationalstaats hinarbeiten wollten. Sie zeigten sich dem deutschen Staat gegenüber auch konfliktbereiter als z. B. Fürst von Radziwill, der dem eher konservativeren Teil der Fraktion zuzurechnen war.

„[...] Meine Herren, wenn Sie die Frage an uns richten, wie unsere Fraktion ihr Verhältnis zu den anderen Fraktionen dieses hohen Hauses und zu der Reichsregierung auffaßt, welches Programm sie ihnen in der Beziehung vorlegen kann, so muß ich sagen, daß das einzige Programm, welches wir hier vorbringen können, das der Verteidigung vitaler Interessen derjenigen Bevölkerungskreise ist, denen wir unser Mandat verdanken. (Sehr richtig! bei den Polen)

Wir werden in dieser Beziehung auf eigenen Füßen stehen müssen, (Bravo! bei den Polen) da wir uns stets zu vergegenwärtigen haben, daß diejenigen Gefühle und diejenigen kulturellen Interessen, die unsere polnische Bevölkerungsschicht bewegen, von den anderen Fraktionen des Hauses nicht in vollem Maße verstanden und gewürdigt werden können. (Sehr richtig! bei den Polen.)

10 Daß sie leider auch von der Regierung nicht gewürdigt und nicht verstanden werden, ich glaube, darüber brauche ich mich insofern nicht zu verbreiten, als dies seit Dezennien¹ die gesetzgeberischen Tatsachen in der beredtesten Weise zum Ausdruck bringen. (...)

Bestimmte Charaktereigenschaften unseres Volks können Ihnen den Maßstab dafür geben, welche Politik wir hier in diesem Hause verfolgen werden. Unser Volk zeichnet sich aus durch tiefgehende religiöse Anschauungen, durch treue Anhänglichkeit an seine Kirche, (Sehr wahr! bei den Polen) in der es die von Gott gesetzte Obrigkeit zur Regulierung aller privaten und öffentlichen Angelegenheiten in der Welt verehrt. (Bravo! bei den Polen.)

Ein Volk, voll Arbeitsfreudigkeit, voll Anhänglichkeit an seine angestammte Scholle², vom Bewußtsein seiner nationalen Eigentümlichkeiten durchdrungen, welche es vom Staate geschützt und gefördert wissen möchte, (Sehr richtig! bei den Polen) daher gewillt, zu verlangen, daß alle die tiefgefühlten Schäden, welche

¹ Dezennien = Jahrzehnte.

² die Scholle = ein Stück Land, das man bebauen und von dem man leben konnte; Grund und Boden.

seit Dezennien in steigendem Maße auf ihm lasten, von ihm genommen werden. (Sehr richtig!
bei den Polen.)

25 Wenn wir nun sehen, wie dieses Volk, welches stets bereit war, auch in den Kriegen, welche der Gründung
des Reichs vorangegangen waren, in vollem Maße seinen Mann zu stehen, wie dieses Volk, voller Sinn für
Gesetzlichkeit, schaffensfreudig in schwerer Arbeit, durch die Gesetzgebung in dem führenden Staate des
Reichs und zum Teil auch im Reiche ökonomisch beeinträchtigt, in seiner Existenz untergraben wird, dann
drängt sich die Frage auf: womit hat dasselbe eine solche Behandlung verdient - und Sie können sich nicht
wundern, daß ein tiefgreifender Schmerz, eine tiefgreifende Entrüstung in den breiten Schichten,
namentlich auch des arbeitenden Volkes, sei es auf seinen angestammten Sitzen, sei es da, wo die
30 ökonomischen Verhältnisse es zur Arbeit in der Fremde berufen haben, mehr und mehr Platz greifen. (Sehr
richtig! bei den Polen.)

Wie wird – frage ich – die Regierung es unternehmen, von sich den Vorwurf abzuwälzen, daß sie wahre,
ethische Grundsätze in ihrem Verhältnis zu diesem Teil der Bevölkerung des Reichs außer acht gelassen
hat?! (Sehr richtig! bei den Polen.)

35 Wie will der Herr Reichskanzler die bürgerlichen Parteien, zu welchen die polnische Bevölkerung doch auch
gehört, zum Schutze alles dessen, was ihnen heilig ist, aufrufen und zugleich eine Politik bestehen lassen,
welche derartige Verhältnisse gezeitigt³ hat, daß einerseits soziale Fürsorge in Aussicht gestellt wird,
zugleich aber dem Arbeiter, dem nichts weiter vorzuwerfen ist, als daß er von Geburt ein Pole ist, das
Recht, auf seinem eigenen Grund und Boden sich ein Heim zu bauen, (Sehr richtig! bei den Polen) dauernd
40 versagt wird?! (Hört! hört! bei den Polen.)

Muß das nicht in der zivilisierten Welt einen Schrei der Entrüstung hervorrufen?
(Sehr richtig ! bei den Polen.)

Ich gehe hier darauf nicht weiter ein, ich bin mir wohlbewußt, daß das und vieles andere gravamina⁴ sind,
die an zuständiger anderer Stelle zu behandeln sind. Aber Reich und Preußen sind in dieser Beziehung
45 solidarisch, und an den Herrn Reichskanzler als preußischen Ministerpräsidenten möchten wir die Bitte
richten, solche Zustände nicht weiter bestehen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Polen.)“

[Quelle: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 283: XIII. Legislaturperiode, I. Session, Stenographische Berichte. Von der
Eröffnungssitzung am 7. Februar 1912 bis zur 28. Sitzung am 16. März 1912, Berlin 1912, S. 68.]

³ gezeitigt = hervorgebracht, bewirkt.

⁴ gravamina = hier: Belastungen, Beschwerneisse.

M3) Minderheitenrechte in Verfassungstexten

a) Grundgesetz, Artikel 3

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

b) Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom 2. Dezember 2014.

„ Artikel 6: Nationale Minderheiten und Volksgruppen

- (1) Das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei; es entbindet nicht von den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten.
- (2) Die kulturelle Eigenständigkeit und die politische Mitwirkung nationaler Minderheiten und Volksgruppen stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die nationale dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung.“

4. Visuelle Quellen

M2) Karikatur von Otto Emil Lau, „Studt bringt den polnischen Kindern das deutsche Vaterunser bei“, in: *Der Wahre Jacob*, Nr. 532, Stuttgart, Dezember 1906



[Quelle: Karikatur von Otto Emil Lau, „Studt bringt den polnischen Kindern das deutsche Vaterunser bei“, in: *Der Wahre Jacob*, Nr. 532, Stuttgart, Dezember 1906.]

Informationen zur Karikatur:

Heinrich Conrad von Studt (1838–1921), Kultusminister von Preußen 1899–1907, wesentlich verantwortlich für Umsetzung der „Germanisierungspolitik“ des Kaiserreichs im Bereich der Schule. *Der wahre Jakob*: Eine sozialdemokratische deutsche Satirezeitschrift, die 1879 gegründet wurde und fast durchgehend bis zu ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten 1933 erschien.

5. Digitales Quiz

Testet in einem Kahoot-Wettstreit euer Wissen über Ferdinand von Radziwill!

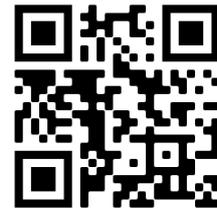
1. Spielt in der Gruppe. Ernennet eine Person zur Spielleiterin oder zum Spielleiter. Diese ruft das Kahoot-Quiz über den Link oder QR-Code auf und moderiert das Spiel.

<https://play.kahoot.it/v2/?quizId=2d50bf08-a98c-4f3c-b45f-44849379ee07>



2. Spielt in der Klasse. Ruft das Quiz über den Link oder den QR-Code auf. Die Spiel-PIN erhaltet Ihr von der Lehrkraft, die den Wettstreit anleitet.

<https://kahoot.it/>



Erwartungshorizont

der didaktischen Handreichung

6. Erwartungshorizont

6.1 Arbeitsblatt zur biografischen Recherche – mit Lösungen

Ferdinand von Radziwill (1834–1926) – Anwalt der polnischen Minderheit im Deutschen Kaiserreich

Informiere dich auf der Website <https://www.demokratie-geschichte.de/koepfe/2544>



über

Ferdinand von Radziwill. Verwende dafür folgende Tabelle:

Person	Ferdinand von Radziwill
Lebensdaten	1834–1926
Epoche	Einigungskriege - Kaiserreich (1850–1918)
Stellung	Adliger und Großgrundbesitzer, Angehöriger der polnischen Minderheit im Kaiserreich, Jurist, Abgeordneter des Reichstages und Sprecher der polnischen Fraktion von 1874–1918
Motiv des Engagements	Benachteiligung von Katholiken und Angehörigen der polnischen Minderheit in Preußen und im deutschen Kaiserreich
Ziel des Engagements	Gleichberechtigung von Minderheiten, Abbau von diskriminierender Gesetzgebung
Formen des Engagements	Als Politiker über Jahrzehnte Eintreten im Reichstag für Gleichberechtigung von religiöser (katholischer) und nationaler (polnischer) Minderheit
Ergebnis des Engagements	Anteil am Erfolg der Katholiken im „Kulturkampf“ insofern, als beschränkende Gesetze durch Bismarck ab 1878-1887 schrittweise abgeschwächt bzw. zurückgenommen wurden. Vergleichbarer Erfolg im Blick auf diskriminierende Gesetze gegen polnische Minderheit zwar nicht feststellbar. Radziwill parlamentarischer Kampf hier allerdings wichtig für Stärkung des politischen Selbstbewusstseins der Minderheit.
Beurteilung der persönlichen Leistung	sollte frei bleiben für eigene Eintragung der Schülerinnen / Schüler
offene Fragen	...
Beurteilung des Angebots auf der Seite	...

6.2 Fragen und Arbeitsaufträge Lösungsvorschläge

Basisniveau

M1) Rede von Ferdinand von Radziwill

1) Quelle, Auszug aus einer Rede des Fraktionsvorsitzenden der polnischen Fraktion, des polnischen Adligen Ferdinand von Radziwill, gerichtet an die Abgeordneten des deutschen Reichstages, gehalten am 16. Februar 1912.

Situation der polnischen Minderheit: Seit Jahrzehnten leide die Minderheit unter einer diskriminierenden Gesetzgebung, die besonders die wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens bedrohten; diese Maßnahmen besonders der preußischen, aber auch der Reichsregierung seien umso ungerechter, als die betroffenen Menschen doch so positive Eigenschaften wie Fleiß, Gerechtigkeitssinn und Staatstreue zeigten; die skandalösen Diskriminierungen lösten zunehmend Unmut und Verbitterung bei den Betroffenen aus; einzig die polnische Fraktion im Reichstag setze sich für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse ein.

2) Anspielung Radziwills besonders auf Gesetzgebung im Deutschen Kaiserreich seit 1873:

Vgl. bei Wippermann (ab Z. 31–33): Verbot der polnischen Sprache im Schulunterricht in der Provinz Posen (1873); Verbot der polnischen Sprache bei Behörden und in der Öffentlichkeit (1876); „Ansiedlungsgesetz“ (1886): beabsichtigt Aufkauf polnischen Grundbesitzes durch Deutsche mit Unterstützung des Staates und dadurch Abwanderung von Polen aus dem Reich; 1901 und 1906: Ausweitung des Sprachverbotes auch auf den Religionsunterricht; insgesamt Versuch einer „Germanisierung“ der polnischen Minderheit (vgl. bei Wippermann Z. 17). Neben diesen Gesetzen Einbeziehung möglich auch von Maßnahmen wie Verhaftung polnischer Geistlicher im „Kulturkampf“, Ausweisung von Polen aus dem Reichsgebiet oder Unterstützung Russlands durch Preußen bei Unterdrückung eines polnischen Aufstandes (1863).

3a) Vorgehen Radziwills: Er verfolgt ausdrücklich eine klare Interessenpolitik einzig zugunsten seiner Wähler (vgl. Z. 3–5) und kritisiert die Missstände deutlich (vgl. Z. 23–27). Gleichzeitig aber argumentiert er durchweg sachlich, versucht zu überzeugen und wirkt im Ton konzilient (vgl. z.B. Z. 10–12). Die Bitte am Schluss der Rede an die Reichsregierung (Z. 44–46) macht deutlich, dass das Ziel seiner Politik ein allmählicher Reformprozess ist, der einen Abbau der diskriminierenden Gesetze verfolgt und letztlich für einen Weg zur Gleichberechtigung der nationalen Minderheit eintritt. L-Info: Anmerken sollte man hierbei, dass Radziwills Fraktion zunehmend gespalten war, Teile dieser 1912 schon auf deutlich mehr Konfrontation mit dem Staat drängten.

3b) Diskriminierung der Polen besonders beschämend, da sie durch Teilnahme an den Reichseinigungskriegen 1864–1871 gegen Dänemark, Österreich und Frankreich die Gründung des deutschen Nationalstaats unterstützt hätten (vgl. dazu Radziwill Z. 23–27), zudem noch viele positive Eigenschaften als nationale Minderheit sowie Integrationswillen zeigten und trotzdem über Jahrzehnte vom deutschen Staat systematisch benachteiligt und unterdrückt würden. Insofern argumentiert Radziwill hier nicht nur politisch, sondern auch moralisch, indem er die Undankbarkeit gegenüber der Leistung der polnischen Minderheit kritisiert und aus den Leistungen der Vergangenheit gleichsam einen Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung ableitet.

4) Mögliche Aspekte im Blick auf die Politik der Reichsregierung:

Kritik erwartbar, da aus heutiger Sicht das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung verletzt wird (bei Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache), zudem das Gleichheitsgebot im Blick auf Behandlung der Staatsbürgerinnen/Staatsbürger verletzt wird. Abzulehnen auch eine Unterstützung von Gewalt gegen Minderheiten (Hilfe für Russland bei Unterdrückung eines polnischen Aufstandes 1863, Verfolgung und Inhaftierung von Geistlichen.)

Mögliche Aspekte im Blick auf Handeln Radziwills:

Zustimmung zu Forderung nach Beseitigung von diskriminierender Gesetzgebung und zu Forderung nach Gleichberechtigung einer Minderheit in Staat und Gesellschaft (Gleichheitsgebot, Gerechtigkeitsgebot), Respekt für Politik des „langen Atems“ (Eintreten Radziwills von 1874–1918) und Bemühen um friedlichen Reformprozess .

M2) Karikatur aus „Der Wahre Jacob“

1) Quelle, Karikatur des Künstlers Otto Emil Lau aus der sozialdemokratischen Satirezeitschrift „Der wahre Jacob“ vom Dezember 1906, Adressat: Leserinnen/Leser der Zeitschrift bzw. Öffentlichkeit; Titel: „Studt bringt den polnischen Kindern das deutsche Vaterunser bei“. Im Anschluss daran zu erwarten eine sorgfältige und geordnete Beschreibung der Bildquelle.

2) Bildsprache+Kontext: Größenverhältnisse der Figuren (Erwachsene und Kinder) spiegeln Machtverhältnisse (preußischer Staat bzw. Deutsches Kaiserreich versus polnische Minderheit); zentrale Figur von Studts verdeutlicht staatlichen Dominanzanspruch; kultureller Gegensatz zeigt sich in Äußerem bzw. Kleidung (Pickelhaube, Uniform und Frack versus Fellmütze, Jacke mit Besatz und Stiefel); Entschlossenheit der deutschen Politik (Vaterlandsbezug, „Zwangserziehung“) verweist auf immer nationalistischere Germanisierungspolitik, hier besonders bezogen auf das Verbot der polnischen Sprache selbst im Religionsunterricht der Volksschulen (Gesetz von 1873 mit weiterer Verschärfung 1901 und 1906). Der Karikaturist kritisiert die Zwangspolitik des Staates als gewaltsame Zerstörung kultureller Selbstbestimmung der betroffenen nationalen Minderheit.

3) Kritik des Zeichners aus heutiger Sicht gut nachvollziehbar; in der Karikatur dargestellte Politik verstößt gegen mehrere relevante Werte einer demokratischen Gesellschaft (vgl. EWH zu Material 1+2, Aufgabe 4). Evtl. quellenkritisch im Urteil einzubeziehen, dass hier eine - damals seltene - Unterstützung für polnische Interessen aus deutscher Sicht greifbar ist, die sich aus einer ähnlichen Betroffenheit erklärt (vgl. Verfolgung der Sozialdemokratie im Kaiserreich).

M3) Minderheitenrechte in Verfassungstexten

S. h. EWH für erhöhtes Niveau.

Zusatz :

- 1) Aspekte für ein zusammenfassendes Urteil dürften sich aus den Teilergebnissen zu M1)–M3) ergeben.
- 2) Bleibt offen für entsprechende Ideen der Schülerinnen/Schüler.

Erhöhtes Niveau**M1) Rede von Ferdinand von Radziwill**

1) Materialvorstellung wie für Basisniveau:

Zusammenfassung der Gedanken: Der Redner betont die Notwendigkeit, alle politische Aktivität seitens seiner Fraktion im Parlament einzig auf die Vertretung der Interessen der polnischen Minderheit auszurichten, da diese von niemandem sonst Unterstützung erfahre. Seitens des Staates hätten die betroffenen Menschen seit Jahrzehnten eine diskriminierende und die Existenz gefährdende Gesetzgebung erlebt. Dies sei umso schmerzlicher, da die polnische Minderheit tief gläubig, staatsreu und fleißig sei, zudem die Gründung des deutschen Nationalstaates mit erkämpft habe. Entsprechend erwarteten die Menschen die Rücknahme der ihr Leben bedrängenden Gesetze. Radziwill warnt davor, dass der Unmut unter den Polen mittlerweile immer mehr anwache und fragt die Regierung, wie sie die offensichtliche Widersprüchlichkeit ihrer Politik auflösen wolle. Der Redner schließt mit einem Appell an den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, das offensichtliche Unrecht zu beseitigen.

2a) S. h. EWH für Basisniveau (M1, Aufgabe 1)

2b) Aspekte für die Einordnung:

Nach Gründung des deutschen Nationalstaats 1871 Entwicklung eines immer stärker werdenden Nationalismus; entsprechend Ausgrenzung von Minderheiten als „Reichsfeinde“ (Funktion: Herstellung einer angeblich nationalen Geschlossenheit nach innen und nach außen zur Behauptung des neu gegründeten Nationalstaats; zugleich Möglichkeit für Ableitung innerer Probleme und Konflikte); im Deutschen Kaiserreich nicht nur nationale Minderheit der Polen betroffen, sondern z.B. auch religiöse Minderheit der Katholiken („Kulturkampf“ 1871–1878/87 mit zahlreichen diskriminierenden Gesetzen und einer Verfolgung von Geistlichen), jüdische Minderheit (zwar rechtliche Gleichstellung in Verfassung, aber gesellschaftliche Diffamierung und Ausgrenzung durch Antijudaismus und Antisemitismus, zudem Gründung einer antisemitischen Partei 1890), Sozialdemokraten (Bekämpfung und Verfolgung durch „Sozialistengesetze“ 1878–1890). Maßnahmen des Staates zumeist formal durch Gesetzesform abgesichert; Gesellschaftliche Ausgrenzung mit Ziel einer Isolation und Verunsicherung der Betroffenen.

3) Mögliche Aspekte für ein Sachurteil: insgesamt geringe Handlungsspielräume für Radziwill (vgl. seine „Bitte“ Z. 44–46. an den Reichskanzler) und die polnische Fraktion angesichts der schon jahrzehntelangen restriktiven Politik der Reichsregierung in einem politischen Klima, das eine stetige Zunahme von Nationalismus, Militarismus und Rassismus zeigte; Rücknahme der seit 1873 erlassenen Gesetze daher überaus unwahrscheinlich, da dies als Schwäche der Reichsregierung und Gefährdung des deutschen Nationalstaats ausgelegt worden wäre; aus deutscher Sicht hätte jedes Entgegenkommen bei den Polen Hoffnung auf Wiedergewinnung eines eigenen Nationalstaats und damit den potentiellen Verlust der Provinzen Westpreußen, Oberschlesien und Posen bedeutet; schwierig zudem, dass Zusammenarbeit mit potentiellen Partnern (SPD, Zentrum) nicht dauerhaft zustande kam; außerdem für Radziwill erschwerend, dass sich seine Fraktion nach 1900 innerlich gespalten zeigte.

M2) Karikatur aus „Der Wahre Jacob“

1) S. h. EWH für Basisniveau (M2, Aufgabe 1)

2) S. h. EWH für Basisniveau (M2, Aufgabe 2)

M3) Minderheitenrechte in Verfassungstexten

1) Mögliche Aspekte, die in der Recherche Berücksichtigung erfahren könnten:

Norm: Im Grundgesetz Diskriminierungsverbot zwar festgeschrieben, aber nicht ausdrücklich auf nationale Minderheiten bezogen, da dies heute Ländersache ist (vgl. GG Artikel 3 in M4a). Dies ausdrücklich erst in der Landesverfassung für Schleswig-Holstein in der Fassung von Dezember 2014 fixiert; hier auch ausdrücklich die Pflicht des Staates betont, die nationalen Minderheiten zu schützen und zu fördern (vgl. Verf.-Art. 6 in M4b). Der Verfassungsartikel in dieser Form kam auf Initiative des SSW während seiner Beteiligung an der Regierung in SH 2012–2017 („Koalition mit SPD und Grünen) zustande (vgl. Website des SSW [Über den SSW]).

Einzubeziehen evtl. noch Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955:



- www.schleswig-holstein.de > Geschichte > Minderheiten

Praxis: Mit dem SSW seit 1948 eine politische Interessenvertretung für die dänische Minderheit und die Minderheit der nationalen Friesen in SH vorhanden, die sich einerseits für Belange dieser Minderheiten einsetzt, sich andererseits aber heute auch ganz selbstverständlich zu allen politisch relevanten Fragen positioniert (vgl. Website des SSW). Die Mitwirkung in einer Koalition ab 2012 zeigt zudem, dass der SSW als selbstverständlicher Teil der politischen Landschaft in SH wahrgenommen wird.

2) Ergebnisse zu Aufgabe 1 zeigen den krassen Unterschied zwischen dem Kaiserreich und der Bundesrepublik, was den Umgang mit nationalen Minderheiten angeht. Minderheitenschutz wird heute bei uns als selbstverständlicher und verbindlicher Anspruch einer demokratischen Gesellschaft im Sinne von Gleichberechtigung und Recht auf kulturelle/nationale Identität angesehen, während nationale Minderheiten im Kaiserreich als Bedrohung der Deutschen Nation angesehen und entsprechend bekämpft wurden.

Vor diesem Hintergrund das Bemühen Radziwills um evolutionäre Verbesserung der Lage der polnischen Minderheit sicherlich zu würdigen, auch wenn Erfolge hier weitgehend ausblieben; dabei die im Vergleich mit den Verhältnissen heute ungleich schwierigere Situation Radziwills zu bedenken (hier Teilergebnisse aus Aufgabe 3 zu M1+2 einzubeziehen).

Zusatz :

Bleibt offen für die Ideen der Schülerinnen und Schüler.

6.3 Digitales Quiz: Ferdinand von Radziwill (1834–1926) – Anwalt der polnischen Minderheit im Deutschen Kaiserreich – mit Lösungen

Beantworte mithilfe Website <https://www.demokratie-geschichte.de/koepfe/2544> die nachfolgenden Multiple-Choice-Fragen zu Ferdinand von Radziwill:



die

- 1) Nach dem Abitur studierte Ferdinand von Radziwill
 - Theologie
 - Rechtswissenschaften
 - Medizin
 - Geschichte

- 2) Über Jahrzehnte arbeitete er für
 - den Vatikan
 - die Stadt Berlin
 - den preußischen Staat
 - Bayern

- 3) Ferdinand von Radziwill war Abgeordneter im deutschen Reichstag
 - 1871–1874
 - 1890–1900
 - 1912–1918
 - 1874–1918

- 4) Von Radziwill vertrat besonders die Interessen
 - der polnischen Minderheit
 - der katholischen Minderheit
 - der jüdischen Minderheit
 - der Arbeiterklasse

- 5) Von Radziwill forderte für die polnische Minderheit im Kaiserreich
 - die rechtliche Gleichberechtigung
 - das Recht zur Verwendung der polnischen Sprache
 - die Garantie für rechtmäßig erworbenen Grundbesitz
 - das Ende ständiger Diskriminierung

- 6) Von Radziwills politische Gegner waren
 - Otto von Bismarck
 - Rosa Luxemburg
 - Kaiser Wilhelm II.
 - Ludwig Windhorst